

Zeit hinaus alle Hoffnungen auf einen politischen Fortschritt in Deutschland Illusionen bleiben sollen. Unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Lösung des Problems, auf welcher Linie ein Zusammenarbeiten zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie möglich ist. Der Liberalismus verfügt noch über ein so starkes Kontingent von Wählern, dass man an seine gänzliche politische Ausschaltung nicht denken kann, und die Sozialdemokratie kann isoliert in absehbarer Zeit die klerikal-konservative Reaktion parlamentarisch nicht überwinden. Je länger diese Reaktion am Ruder bleibt, um so verworrener werden die Zustände. Mit blossen Erwägungen kommen wir keinen Schritt vorwärts. Es gilt einen Versuch zu machen, wenigstens dort, wo die Möglichkeit dazu vielleicht gegeben ist. Und das ist in Baden jetzt der Fall.

Seit Jahren hat unsere Partei in Baden ihre Taktik darauf eingerichtet eine Verschiebung des politischen Kurses nach links zu ermöglichen. Gegen die Sozialdemokratie ist diese selbstverständlich unmöglich; nicht minder aber auch ohne deren positive Mitwirkung. Der Liberalismus allein kann sie nicht erzwingen, dazu ist er in allen Bundesstaaten und im Reich seit langem zu schwach, er bedarf hierzu der Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Die Entscheidung darüber, ob das Experiment gelingt, liegt weit mehr bei den Nationalliberalen als bei den Sozialdemokraten. Diese haben in Baden sich schon willens und auch fähig gezeigt die Probe zu machen. Jetzt wird es von den Nationalliberalen abhängen, ob Baden wieder einmal berufen sein soll die Rolle des Musterlandes im Deutschen Reich zu spielen. Was an der Sozialdemokratie liegt das Exempel für die deutsche Politik zum guten Erfolg zu bringen, wird geschehen. Sie denkt damit nicht nur der badischen und der deutschen Sozialdemokratie sondern auch dem ganzen deutschen Volk einen Dienst zu erweisen.

## GEORG GRADNAUER · NACH DEN SÄCHSISCHEN WAHLEN 1909



UR die Politik Sachsens eröffnet der Wahlausfall eine neue Ära. Er dürfte aber auch, gleich den badischen Wahlen, starke Rückwirkungen auf die politische Entwicklung in Preussen und im Reich ausüben. Die sächsischen Landtagswahlen haben alle Hoffnungen unserer Partei und alle Befürchtungen unserer Gegner weit übertroffen. Der sozialdemokratische Sieg ist gross an gewonnenen Mandaten, er ist noch grösser, wenn wir die Zahl der Wähler, die sich zu unserer Partei bekannt haben, betrachten. Die Parteien sind, bei äusserst starker Wahlbeteiligung in allen Kreisen, auf die folgenden Stimmenzahlen gekommen: die Sozialdemokraten auf 489 427, die Nationalliberalen auf 338 043, die Konservativen auf 315 159, die Freisinnigen auf 103 829 und die Antisemiten auf 25 662. Diese Ziffern aber geben nicht das wirkliche Bild der Volksstimmung, denn es sind in ihnen die Mehrstimmen, die das Pluralwahlsystem austeilt, eingerechnet. Wohl haben auch Wähler mit 3 und 4 Stimmen in nicht geringer Zahl für die Sozialdemokratie gewählt; aber im allgemeinen ist das eingetroffen, was von den Urhebern des Pluralwahlsystems beabsichtigt war, dass die *nationalen* Wähler mit 3 und 4 Stimmen bevorzugt sind.

Ohne die Stimmenhäufung hätte die Sozialdemokratie die Mehrheit der Landtagswähler gegenüber allen anderen Parteien auf sich vereinigt. Genaue

Ziffern hierüber liegen noch nicht vor, aber die Tatsache selbst ist als gewiss anzusehen. Dabei ist zu erinnern, dass sehr zahlreiche zur Reichstagswahl Berechtigte nicht in die Landtagswählerlisten Aufnahme gefunden haben. Nicht nur schliesst das Wahlgesetz diejenigen vom Wahlrecht aus, die noch nicht 2 Jahre im Besitz der Staatsangehörigkeit sind, sowie diejenigen, die noch nicht  $\frac{1}{2}$  Jahr ihren Wohnsitz im Wahlbezirk haben, sondern ausserdem wurden noch viele Tausende von Wählern auf grund einer in der Eile schlecht stilisierten Gesetzesbestimmung ausgeschlossen, die jeden traf, der innerhalb der letzten 3 Jahre irgendwie mit Staats- oder Gemeindesteuern im Rückstand geblieben war. Alle diese Erschwernisse wirkten aber weitaus am meisten zu ungunsten der Sozialdemokratie. Auch der Mandatserfolg unserer Partei ist ganz ausserordentlich gross. Sie hat 15 Mandate in der Hauptwahl und 10 in den Stichwahlen gewonnen. Als im Jahr 1895 unsere Partei auf grund des 1868er Wahlrechts 14 Mandate gewann, unternahmen die Reaktionsparteien den Entrechtungsstreich; sie schufen das Dreiklassensystem, das unsere Vertretung völlig beseitigte, bis schliesslich doch nur ein einziger Sozialdemokrat in den Landtag einzudringen vermochte. Nun tritt unsere Partei, nachdem sie das Dreiklassenswahlsystem überwunden hat, trotz des neuen Pluralstimmenexperiments, mit der stattlichen Fraktion von 25 Abgeordneten unter 91 in die Kammer ein.

Das weitere bedeutsame Kennzeichen des Wahlausfalls ist der Zusammenbruch der konservativen Vorherrschaft. Der langjährige Präsident der zweiten Kammer, Dr. Mehnert, der ein typischer Vertreter der konservativen Reaktion war und im übermütigen Gebrauch der Machtstellung seiner Partei zu schwelgen sich gewöhnt hatte, ahnte wohl, dass diese Glanzzeit vorübergehe, und dass es sehr zweifelhaft sei, ob er wieder den Präsidentensessel zieren dürfe; er kandidierte nicht wieder, meldete sich krank und war nur noch gesund genug, um alsbald in die erste Kammer emporzusteigen. Manche andere konservative Parteigrösse ist gefallen, auch die beiden Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte*, die früheren Abgeordneten Andrä und Steiger; Andrä ist durch unsere Partei in der Stichwahl zu gunsten eines Nationalliberalen verdrängt worden. Die konservative Fraktion, die unter dem Dreiklassenswahlssystem im Jahre 1901 die Höchstziffer ihrer Fraktionsstärke mit 58 Abgeordneten erreicht hatte, die im letzten Landtag noch 46 Mandate von 82, also die alleinige Mehrheit, besass, ist jetzt auf 29 Abgeordnete herabgesunken, wobei ihr ein sogenannter *Reformer* zugerechnet ist. Die konservative Partei hat also nicht mehr ein Drittel der Sitze inne. Auch die neue Firma der *Mittelstandsvereinigung*, unter der die Konservativen den Wahlkampf zum grossen Teil führten, hat ihnen nicht viel genützt. In Scharen haben die kleineren und kleinsten Selbständigen sich von den Versprechungen der Partei losgesagt, die in allen Fragen, in denen wirklich und ernstlich auch den kleinen Selbständigen Erleichterungen gewährt werden können, besonders in den Steuerfragen, die Interessen auch dieser Schichten rücksichtslos vernachlässigt hat. Vollends zusammengeschrumpft ist die antisemitische *Reformpartei*; auch der Reichstagsabgeordnete Zimmermann wird in der zweiten Kammer nicht mehr mit geschwollenen Reden aufwarten, seine Niederlage im Kreis Marienberg-Zschopau dürfte ihm ein schlimmes Omen für die nächste Reichstagswahl bedeuten.

Die nationalliberale Partei hat erheblich günstiger abgeschnitten als die konservative. Aber die Hoffnungen, die sie gehegt hatte, sind auch ihr keines-

wegs erfüllt worden. Die Nationalliberalen waren die Antreiber bei der Schaffung des neuen Pluralwahlsystems. Sie erwarteten wohl im neuen Landtag eine so überwiegende Machtstellung zu erreichen, wie sie zuvor ihre konservativen Nebenbuhler besaßen. In diesen Erwartungen sind sie jedoch sehr enttäuscht worden. Sie hatten im vorigen Landtag 31 Mandate, jetzt haben sie trotz der Vermehrung der Sitze von 82 auf 91 nur 29 Sitze. Dass der Verlust dieser Partei weniger gross ist als der der Konservativen, ist einesteils darauf zurückzuführen, dass die Erbitterung der Wähler wegen der reichspolitischen Vorkommnisse die Nationalliberalen doch nicht so schwer traf wie die Konservativen; andernteils aber darauf, dass gerade in den grösseren Städten das Pluralwahlsystem in besondern Mass zu gunsten dieser Partei wirkte, weil in diesen Kreisen die Zahl der Drei- und Vierstimmenwähler ausserordentlich gross ist. Die Nationalliberalen verdanken es also in erster Linie dem ungerechten Wahlsystem, dass sie noch eine so stattliche Fraktion bekommen haben.

Der *Ruck nach links*, der diese Wahlen charakterisierte, ging vielfach auch über die Nationalliberalen hinweg und gab, abgesehen von der Sozialdemokratie, dem sächsischen Freisinn, der längst nur ein kümmerliches Dasein fristete, eine neue Stärkung. Zwar konnte der Freisinn aus eigener Kraft im ersten Wahlgang auch nicht ein einziges Mandat gewinnen; aber die Stichwahlen brachten ihm, der im vorigen Landtag nur 3 Sitze hatte, 8 Mandate.

Über die Stichwahlen ist ein besonderes Wort zu sagen, denn in ihnen spielten sich Vorgänge ab, die auch auf die Stellung der Parteien im Landtag selbst fortwirken können. Als die Hauptwahlen die schwere Niederlage der Konservativen und den grossen Sieg der Sozialdemokratie brachten, und als es sich zeigte, dass in mehr als 50 Kreisen die Sozialdemokratie bald mit dieser bald mit jener der bürgerlichen Parteien in die engere Wahl kam, wurde von den Ordnungsparteien stark in die Sammlungstrompete gestossen. Nun müssen alle nationalen Wähler zusammenhalten, erklärten Konservative und Nationalliberale. Hatten sich diese Parteien vor der Hauptwahl oft mit äusserster Erbitterung bekämpft, so traten sie in den Stichwahlen doch mit starkem Nachdruck für einander gegen die Sozialdemokratie ein. Man glaubte daher auch bei den Ordnungsparteien, dass für die Sozialdemokratie in den Stichwahlen überhaupt nichts mehr zu holen sein werde. Man vertraute fest auf die vollzählige Vereinigung aller der Wähler, die im ersten Wahlgang nicht sozialdemokratisch gewählt hatten, zu gunsten der bürgerlichen Stichwahlkandidaten, gleichgültig welcher Partei diese angehörten. Die grosse Mehrheit der nationalliberalen und konservativen Wähler folgte auch dieser Parole der Parteileitungen. Aber ein in vielen Kreisen nicht unbedeutender Teil machte doch nicht mit. In vielen Kreisen erhielt der bürgerliche Stichwahlkandidat, wenn er auch den Sieg davontrug, nicht die volle Zahl der Stimmen, die im ersten Wahlgang für beide bürgerlichen Kandidaten abgegeben waren. Noch weniger waren die freisinnigen Wähler allesamt für die rechts stehenden Stichwahlkandidaten zu haben.

Innerhalb der freisinnigen Führung war völlige Zerfahrenheit eingerissen. Die schon vorhandene Unsicherheit ist offenbar in höchstem Mass durch die von der Sozialdemokratie ausgegebene Stichwahlparole vermehrt worden, die allen ihren Gegnern höchst unangenehm erschien. Unsere Parteigenossen hatten, wie das Zentralagitationskomitee bekannt gab, nach der Hauptwahl beschlossen unseren Wählern zu empfehlen in den Stichwahlen überall gegen den schlimmsten

Reaktionär einzutreten. Die Sozialdemokraten hatten nicht viele Möglichkeiten bei den Stichwahlen den Ausschlag zu geben, sie hatten eigentlich nur in 2 Kreisen wichtige Entscheidungen in der Hand. Die Partei empfahl den Wählern des 1. städtischen Kreises (Zittau) für den Freisinn, der das allgemeine gleiche Wahlrecht vertrat, gegen den Nationalliberalen, der ein Gegner des gleichen Wahlrechts war, einzutreten. Sie empfahl aber auch den Wählern des 13. ländlichen Kreises (Dippoldiswalde-Land) für den Nationalliberalen einzutreten, um den Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte* Andrá niederzustrecken. Ihre Stichwahlparole hat auch in den genannten Fällen die gewünschte Wirkung vollständig erzielt. Diese Parole aber, die aus der gesamten Situation geboren war und einhellig von den Vertrauensmännern der Partei beschlossen war, bewirkte grosse Verwirrung im freisinnigen Lager und lebhaft Beunruhigung bei den anderen *Ordnungsparteien*. Die Leitung der freisinnigen Partei lehnte nunmehr eine allgemeine Stichwahlparole ab und überliess es den einzelnen Kreisen selbständige Entscheidungen zwischen sozialdemokratischen und rechts stehenden Kandidaten zu treffen. In dieser Situation glaubte der Reichstags-abgeordnete Günther sich mit seinen Blockfreunden von gestern neu befreunden zu müssen. Er gab die *persönliche Parole* heraus, dass die Freisinnigen für die *nationalen* Kandidaten, also auch für Konservative und Antisemiten stimmen sollten. Darob wieder heftige Polemik gegen Günther in verschiedenen Freisinnblättern. Die Freisinnigen der Lausitz beschlossen für die Sozialdemokratie einzutreten, wo ein Konservativer als Gegenkandidat in Frage kam, und, wo ein Nationalliberaler einem Sozialdemokraten gegenüberstand, den Wählern die Entscheidung zu überlassen, was gleichfalls eine gewisse Unterstützung der Sozialdemokratie bedeutete. Schliesslich haben sogar in einigen anderen Kreisen, wo die örtliche freisinnige Leitung für nationalliberale und konservative Kandidaturen die Losung ausgab, die Wähler sich an diese Losung nicht gekehrt; so im 42. ländlichen Kreis (Eibenstock-Land), wo der bisherige Abgeordnete Edler von Querfurth, ein konservativer Agrarier und Vertreter des Grubenkapitals zugleich, zu Fall gebracht und der sozialdemokratische Kandidat gewählt wurde.

Nun ist für die sächsische Landespolitik eine neue Periode angebrochen. Jede der bürgerlichen Parteien wird sich in neue, bisher ungewohnte Verhältnisse einleben müssen. Aber auch die Sozialdemokratie steht vor einer ganz neuen und, wie wir uns nicht zu verhehlen brauchen, nicht leichten Situation. Unsere Partei ist für die tapferen und opferreichen Wahlrechtskämpfe, die sie seit Einführung des Klassenwahlsystems geführt hat, jetzt reichlich belohnt. Sie hat das Dreiklassenwahlsystem in die Rumpelkammer der Geschichte gewiesen, und sie hat trotz des neuen Pluralstimmrechts — wenn freilich auch sehr begünstigt durch die erregenden Ereignisse der Reichspolitik — in einem einzigen Wahlfeldzug eine so starke Fraktion in der gesetzgebenden Körperschaft gewonnen wie sie kein anderer Einzelstaat in einem so günstigen Verhältnis zu den anderen Parteien aufzuweisen hat. Mit diesen Erfolgen, auf grund dieser bedeutenden parlamentarischen Position erwachsen aber auch unseren Vertretern im Landtag neue, schwere Aufgaben.

Das eine schon unterscheidet die neue Situation von den früheren Verhältnissen in der zweiten sächsischen Kammer: Früher sind die sozialdemokratischen Abgeordneten von der Mitarbeit in den Deputationen, wie hier die Kommissionen

heissen, kurzerhand ausgeschlossen worden. Jetzt ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie in alle Deputationen der Fraktionsstärke entsprechend eintreten werden. Jener einstige ebenso brutale wie törichte Ausschluss aus den Deputationen musste dazu führen, dass unsere Vertreter, da ihnen die Mitwirkung an der Ausgestaltung der Gesetzentwürfe unmöglich gemacht war, lediglich eine späte und aussichtslose Kritik an den von den anderen Parteien fertig gestellten Gesetzen üben konnten. So wurden unsere Abgeordneten gezwungen ihre Reden in besonderm Mass nach aussen zu richten. Dem Abgeordneten Goldstein ist dann der Eintritt in die Deputation nicht mehr verwehrt worden, und er hat sich in aufreibender Tätigkeit an diesen Arbeiten beteiligt, soweit es einem einzelnen überhaupt möglich war. Jetzt wird eine stattliche Zahl unserer Abgeordneten in den Deputationen arbeiten, und unsere Fraktion vermag sachlichen Einfluss auf alle gesetzgeberischen Akte bis in die Details zu gewinnen.

Wie aber werden die Parteien im neuen Landtag sich zu einander stellen? Die zweite Kammer besteht aus 3 fast gleich starken Parteien von 25 bis 29 Abgeordneten, dazu aus der kleinern freisinnigen Gruppe. Eine Mehrheitsbildung ist nur durch das Zusammengehen von wenigstens 2 der grossen Fraktionen möglich. Wenn wir uns die bisherige Geschichte der bürgerlichen Parteien in Sachsen, diesem klassischen Land der Kartell- und der konservativ-liberalen Blockpolitik vergegenwärtigen, dann mag allerdings am ehesten damit gerechnet werden müssen, dass Konservative und Nationalliberale Anschluss an einander suchen und finden werden. Auf dieses Ziel steuern schon jetzt eifrig die Konservativen, deren Verdruss über die nationalliberalen Schärfen im Wahlkampf schnell vor dem Hass gegen die Sozialdemokratie zurückweicht. Ein im *Ordnungslager* noch immerhin einflussreiche Blatt, die *Dresdener Nachrichten*, das von jeher darauf ausging die Liberalen vermittelt der Kartellpolitik an die konservative Kandare zu nehmen, mahnt schon jetzt »die beiden grossen bürgerlichen Parteien sich wieder fest an einander zu schliessen und das Banner der bürgerlichen und nationalen Sache in Sachsen gemeinsam hochzuhalten«. Das selbe Blatt beschwört die Regierung das schlimme Wahlergebnis nicht »schlechthin hinzunehmen« und nicht die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Arbeiten des Landtags ruhig abzuwarten sondern alsbald schroffe Kampfansage gegen die »Umsturzpartei« ergehen zu lassen. Das konservative Blatt zeigt ferner schon jetzt nur zu deutlich seinen Wunsch, dass die Sozialdemokratie »oft genug der Versuchung unterliegen werde aus dem Recht mit Anträgen und Interpellationen vorzugehen einen parlamentarischen Unfug zu machen«. Die sozialdemokratische Fraktion wird es sich selbstverständlich nicht nehmen lassen wichtige politische Angelegenheiten auf die Tagesordnung zu bringen, und sie wird den konservativen Vorwurf *parlamentarischen Unfugs* von vornherein als leicht erträglich ansehen. Aber sie wird sich sicherlich auch im neuen sächsischen Landtag einer so sachlichen Haltung befleißigen, dass es ihren politischen Feinden schwer fallen soll mit dem Gespenst des *parlamentarischen Unfugs* die Leute zu erschrecken.

Auch bei den Nationalliberalen sind ohne Zweifel starke Neigungen vorhanden mit den Konservativen in der parlamentarischen Tätigkeit ebenso zusammenzuwirken wie sie in den Stichwahlen sich mit ihnen verbündet haben. Andererseits können sich die Liberalen nicht verhehlen, dass sie durch die Annäherung an die Konservativen in sehr schlechte Situationen geraten würden. Den

